

## **Niederschrift zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Moorrege (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Montag, den 21.11.2016

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 21:47 Uhr

**Ort, Raum:** Dorfgemeinschaftshaus, Am Gemeindezentrum 2,  
25436 Groß Nordende

### **Anwesend sind:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Ba-		
naschak	CDU	
Herr Dirk Behnisch	SPD	
Herr Jörg Behrmann	CDU	
Herr Frank Büchner	SPD	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke GuB		
Herr Werner Fitzner	FDP	
Herr Herwigh Heppner	FWH	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Herr Uwe Hüttner	CDU	
Herr Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Helmuth Kruse	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Walter Lorenzen	SPD	
Herr Hans Martens	SPD	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	Amtsvorsteher
Herr Horst Schaper	CDU	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	
Herr Sören Weinberg	CDU	

#### **Gäste**

Frau Bürgermeisterin Monika Riekhof	CDU
-------------------------------------	-----

Zuhörer

Presse

Wedel-Schulauer Tageblatt

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Verwaltung

Frau Cornelia Bermudez

Frau Nicole Förthmann

Herr René Goetze

Herr Rainer Jürgensen

Frau Christine Neermann

Frau Melanie Pein

Vorsitzende Personalrat  
Personalrat

Gleichstellungsbeauftragte  
Gleichstellungsbeauftragte

Personalrat

Personalrat

Amtsdirektor

Gleichstellungsbeauftragte

**Entschuldigt fehlen: ./.**

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 09.11.2016 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 11 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Als neuer TOP 10 wird eingefügt: „Abschluss einer Resolution gegen Pläne der Fraktionen der Landesregierung zur Änderung der Verwaltungsstrukturen“

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

**Tagesordnung:**

**Gedenkminute für Udo Tesch**

**Begrüßung durch Frau Ehmke / Kritik an Redaktion des Beig-Verlages**

1. Bericht des Amtsvorstehers
2. Einwohnerfragestunde

- 2.1. Eingliederung des Amtes Haseldorf in das Amt Moorrege
- 2.2. Unstimmigkeiten bei der Hausmeistertätigkeit für die Flüchtlingsunterkünfte
3. Bericht des Amtsdirektors
4. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
5. Wahl eines stv. Mitglieds in den Amtsausschuss
6. Vorschlag für die Wahl zum stellvertretenden Schiedsmann im Schiedsbezirk Moorrege II  
Vorlage: 0217/2016/AMT/BV
7. Umsatzsteuerpflicht - Optionserklärung zu § 2b UStG  
Vorlage: 0225/2016/AMT/BV
8. 1. Nachtragshaushaltssatzung u. 1. Nachtragshaushaltsplan 2016  
Vorlage: 0222/2016/AMT/HH
9. Machbarkeitsstudie zur Raumbedarfsdeckung im Amt Moorrege - Vorstellung der Ergebnisse  
Vorlage: 0224/2016/AMT/BV
10. Abschluss einer Resolution gegen Pläne der Fraktionen der Landesregierung zur Änderung der Verwaltungsstrukturen
11. Verschiedenes
13. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

### **Protokoll:**

#### **Gedenkminute für Udo Tesch**

Herr Udo Tesch, langjähriges Mitglied des Amtsausschusses und stellvertretender Amtsvorsteher, ist am 05.11.2016 verstorben. Herr Rißler bittet die Anwesenden um Einhaltung einer Gedenkminute.

#### **Begrüßung durch Frau Ehmke / Kritik an Redaktion des Beig-Verlages**

Frau Ehmke begrüßt alle Anwesenden in der Gemeinde Groß Nordende und stellt aktuelle Themen und Anliegen der Gemeinde kurz vor.

Anschließend nutzt Frau Ehmke die Möglichkeit, die Redaktion des Beig-

Verlages, insbesondere die Zuständigkeiten für die Gemeinden des Amtes, zu kritisieren. Die Region sei seit dem Zusammenschluss der Uetersener Nachrichten mit dem Beig-Verlag nicht mehr ausreichend vertreten. Die Wertschätzung falle sehr gering aus, was sich durch mangelnde Berichterstattung und dem Fernbleiben der Vertreter der Zeitung bei Sitzungen oder Veranstaltungen zeige. Frau Stange ist als Reporterin zur heutigen Sitzung erschienen und antwortet, dass man bemüht sei, alle politischen Themen und das Vereinsleben wahrzunehmen und darüber zu berichten. Die Chefredaktion sei aber in diesem Falle der richtige Ansprechpartner. Herr Reißler ist der Meinung, dass man dies zum Anlass nehmen sollte, die Chefredaktion zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einzuladen und die Anliegen direkt vorzutragen. Frau Stange ergänzt, dass auch gerne ein Besuch in der Redaktion mit Führung stattfinden könnte.

**zu 1 Bericht des Amtsvorstehers**

Herr Reißler erklärt, dass es von ihm nichts zu berichten gibt.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 2 Einwohnerfragestunde**

**zu 2.1 Eingliederung des Amtes Haseldorf in das Amt Moorrege**

Es werden Fragen bezüglich der Eingliederung des Amtes Haseldorf in das Amt Moorrege gestellt. Dabei geht es insbesondere um die Aufnahme von neuem Personal und dem möglichen Anbau oder Neubau des Amtshauses. Herr Reißler verweist auf den TOP 9. Auf Nachfrage einer Einwohnerin beschließt der Amtsausschuss **einstimmig (23)**, außerhalb der Einwohnerfragestunde Fragen bei TOP 9 zuzulassen.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 2.2 Unstimmigkeiten bei der Hausmeistertätigkeit für die Flüchtlingsunterkünfte**

Herr Fitzner berichtet davon, dass der Hausmeister der Flüchtlingsunterkünfte in Appen teilweise nicht wusste, welche Aufgaben er wahrzunehmen, oder als nächstes zu erledigen hat. Her Jürgensen antwortet, dass sich das gebessert hat und es nur zu Beginn der Tätigkeit Anlaufschwie-

rigkeiten gab. Inzwischen würden die Hausmeister weitestgehend selbstständig arbeiten.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 3 Bericht des Amtsdirektors**

Herr Jürgensen berichtet gemäß Protokollanlage 1. Anschließend stellt Herr Wulff kurz das neue Logo für das „Amt Geest und Marsch Südholstein“ vor.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 4 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung**

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 12.09.2016 liegen keine Einwendungen vor.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 5 Wahl eines stv. Mitglieds in den Amtsausschuss**

Frau Ute Schleiden ist als Mitglied des Amtsausschusses zurückgetreten. Frau Schleiden war Vertreterin für Frau Ehmke im Hauptausschuss. Zur Wahl der nachfolge schlägt Frau Ehmke Frau Bettina Homeyer vor.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss wählt Frau Bettina Homeyer als stellvertretendes Mitglied für Frau Ehmke in den Hauptausschuss.

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0**

**zu 6 Vorschlag für die Wahl zum stellvertretenden Schiedsman im Schiedsbezirk Moorrege II  
Vorlage: 0217/2016/AMT/BV**

Die Amtszeit des derzeit stellvertretenden Schiedsman Gerhard Cordts läuft zum 15.12.2016 aus und Herr Cordts möchte keine weitere Amtszeit

übernehmen. Es sind daher Neuwahlen nötig. Als Nachfolger wurde Herr Ludwig Albrecht vorgeschlagen. Es bestehen keine Bedenken gegen die Eignung von Herrn Albrecht und er ist auch bereit, dieses Amt zu übernehmen.

Die beiden Gemeindevertretungen der Gemeinden Heist und Moorrege haben bereits in ihren Sitzungen im September, der Wahl des Herrn Albrecht zugestimmt.

Seitens des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen bestehen keine Bedenken gegen die Wahl, es liegen bereits alle notwendigen Unterlagen vor.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt, dass Herr Ludwig Albrecht, Kiefernweg 7, 25492 Heist, zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsbezirk Moorrege II (Heist und Moorrege) gewählt wird.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

zu 7

**Umsatzsteuerpflicht - Optionserklärung zu § 2b UStG**

**Vorlage: 0225/2016/AMT/BV**

Herr Jürgensen erläutert kurz den Sachverhalt.

Herr Lütje schlägt vor, die Zeit der Befristung bis zum 01.01.2021 zu nutzen, um die zuständigen Abgeordneten darauf hinzuweisen, dass diese neue Regelungen nur unnötigen Verwaltungsaufwand bedeuten und sinnlos sind.

Herr Lorenzen erklärt, dass er gerne eine verständlichere Beschlussvorlage gehabt hätte. Zudem hätte er gerne Beispiele für Umsatzsteuerpflichten in Gemeinden erhalten. Herr Jürgensen antwortet, dass die Vorlage so umfangreich ausfallen musste, um den schwierigen Sachverhalt umfassend zu erklären. Die Wohnungsverwaltung in der Gemeinde Appen sei ein Beispiel.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt, gegenüber dem zuständigen Finanzamt zu erklären, dass das Amt den § 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwendet.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 8      1. Nachtragshaushaltssatzung u. 1. Nachtragshaushaltsplan 2016**  
**Vorlage: 0222/2016/AMT/HH**

Herr Jürgensen erläutert die wesentlichen Merkmale der 1. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes 2016 anhand eines Vortrages gemäß Protokollanlage 2. Es besteht anschließend kein Beratungsbedarf.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016. Der Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird auf 5.042.900 € und der Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt wird auf 257.000 € festgesetzt.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 9      Machbarkeitsstudie zur Raumbedarfsdeckung im Amt Moorrege -**  
**Vorstellung der Ergebnisse**  
**Vorlage: 0224/2016/AMT/BV**

Herr Goetze und Frau Pein stellen die Ergebnisse aus den Beratungen der Arbeitsgruppe zur Raumbedarfsdeckung im Amt Moorrege gemäß Protokollanlage 3 vor.

Während des Vortrags und im Anschluss werden Fragen beantwortet und es wird über die weitere Vorgehensweise diskutiert.

Herr Behnisch fragt, wie viele Quadratmeter für Einzelbüros vorgeschrieben sind. Herr Goetze antwortet, dass 8 qm bei Einzelbüros zu berücksichtigen sind. Dazu ist ein sog. „Bewegungsraum“ zu berechnen.

Frau Homeyer wundert sich über die hohe Anzahl an Einzelbüros in der ersten Entwurfsplanung. Die Herren Jürgensen und Goetze erläutern die Gründe, wobei vor allem der Datenschutz der ausschlaggebende Grund ist.

Herr Hüttner möchte wissen, ob ein Vergleich zwischen der jetzigen Gesamtzahl an Quadratmeter und der künftigen Gesamtzahl gezogen wurde. Herr Goetze antwortet, dass die Brutto-Grundfläche jetzt 2.000 qm beträgt. Nach den ersten Planungen sollen 1.400 qm hinzukommen. Eine solche Gesamtfläche von rd. 3.500 qm entspricht den Planungen anderer moderner Verwaltungen mit gleicher Größenordnung.

Herr Kasimir fragt, für welchen zeitlichen Bedarf geplant wird. Herr Goetze erläutert, dass dazu keine genaue Antwort gegeben werden kann. Der ak-

tuell notwendige Bedarf sei überplant worden.

Herr Kruse erläutert die Wichtigkeit der Einplanung einer umfassenden Barrierefreiheit. Diese sei auf den aktuellen Planungen nicht vollständig ausgereift. Herr Goetze ergänzt, dass diese natürlich umfassend geplant wird und dass es sich bei den gezeigten Planungen erst um grobe Erstentwürfe handele.

Ein an das jetzige Amtsgrundstück unmittelbar angrenzender Einwohner erklärt, dass durch die Baumaßnahmen bei einem Anbau erhebliche Schäden an den umliegenden Häusern möglich wären. Gerade der Bau einer Tiefgarage würde dann Sorgen bereiten. Außerdem muss die Verkehrssituation im Bereich der anliegenden Straßen berücksichtigt werden, die bereits jetzt häufig untragbar sei. Herr Jürgensen antwortet, dass bei einer solchen Baumaßnahme auf jeden Fall eine Bestandssicherung für die umliegenden Häuser erfolgen würde. Das Amt sei dazu verpflichtet, auftretende Schäden zu ersetzen.

Herr Heppner gibt zu Bedenken, dass bei den höheren Kosten für einen Neubau an anderer Stelle die Vermarktung des jetzigen Anwesens zu berücksichtigen wäre.

Herr Kasimir ist der Meinung, dass in dem Vortrag leider nicht auf energetische Einsparungen eingegangen wurde. Diese seien nicht zu unterschätzen. Herr Jürgensen antwortet, dass das wesentlich detailliertere Planungen beinhalten würde, welche nicht Gegenstand dieser ersten groben Planungen waren.

Herr Hüttner ist der Meinung, dass auch die Teilfläche mit der Rotbuche vor dem Amtshaus zu berücksichtigen wäre. Herr Goetze erklärt, dass diese Teilfläche für die Arbeitsgruppe nicht zu Diskussion stand. Außerdem würde eine Nutzung der Teilfläche das Parkplatzproblem nicht lösen und nur ein Anbau auf dieser Teilfläche wäre nicht ausreichend.

Herr Weinberg erklärt, dass sich die Kosten für einen Neubau auf ca. 10 Mio € hinbewegen werden. Bei den durch Architekten vorausgesagten Kosten würde es niemals bleiben. Ein solcher Neubau sei für die Gemeinden des Amtes nicht finanzierbar. Außerdem seien die vorgestellten Planungen unrealistisch und überzogen. Ein solcher Kostenaufwand sei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu erklären. Es gebe sicherlich noch Potenzial im Amtshaus und außerdem könne noch weiteres Personal in der Außenstelle in Haseldorf untergebracht werden. Außerdem sei nicht gesagt worden, welchen finanziellen Aufwand die drei neuen Gemeinden übernehmen würden. Herr Jürgensen antwortet, dass bisher keiner Kosten in Höhe von 10 Mio € festgestellt hat. Der gesamte Vorschlag inklusive der ersten Kostenschätzungen stelle keinen Vorschlag der Verwaltung dar. Die Außenstelle in Haseldorf ist komplett ausgereizt, da das Obergeschoss anderweitig vermietet ist. Bezogen auf die Kosten für einen Anbau mit 5,5 Mio € und einem Neubau mit 8,5 Mio € würde der jährliche Anteil bezogen auf einer Basis von 20.000 Einwohnern bei 9,20 € bzw. 14,20 € je Einwoh-

ner liegen.

Herr Lorenzen führt aus, dass es im Interesse der Einwohner aller Gemeinden und der Mitarbeiter sehr wichtig sei, eine moderne und zukunftsorientierte Verwaltung zu haben. Der jetzige Zustand im Amtshaus mit dem weiteren Zuwachs an Personal sei nicht länger hinnehmbar. Durch weitere Aufgabenverschiebungen im Land und durch das Entstehen neuer Aufgaben würde die Verwaltung dazu noch weiter wachsen. All das sei zu berücksichtigen, um eine moderne und effiziente Verwaltung aufzubauen. Das schönste Zimmer im Amtshaus würde der Bürgermeister der Gemeinde Moorrege haben, so dass es dann leicht sei, entsprechend unwissend zu argumentieren. Herr Weinberg kritisiert diese Aussage und bittet Herrn Lorenzen sich die Amtshausverträge anzuschauen und sich über die Gründe für das jetzige Bürgermeisterzimmer zu informieren. Dann würden derartige Aussagen nicht entstehen.

Für Herrn Lütje ist es am wichtigsten zu klären, ob der vorgestellte Bedarf wirklich erforderlich ist. Diese Frage sei durch den Vortrag eigentlich ausreichend beantwortet. Das Amtshaus müsse erweitert oder an anderer Stelle neu gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Eine wie im vorgestellten Konzept derart verschachtelte Anbauvariante komme für ihn nicht in Frage. Dass es schwer werden wird, den Einwohnern vor Ort die hohen Kosten zu vermitteln sei klar, aber für eine funktionierende Verwaltung eben unabdingbar. Grundsätzlich gelte aber, dass alles finanzierbar sein müsse und dazu seien detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen notwendig.

Zur Außenstelle in Haseldorf stellt Herr Jürgensen klar, dass das Amt nur Mieter der Räumlichkeiten ist. Zu den Aussagen von Herrn Weinberg erklärt Herr Jürgensen, dass sich der Raumbedarf ohne weitere Wünsche an den tatsächlichen Gegebenheiten orientiere. Es sei nicht richtig, dieses realistische Konzept nun in Frage zu stellen.

Herr Plettenberg erinnert an das Schreiben der Gemeinden des Amtes an die Fraktionen des Kreistages zur Senkung der Kreisumlage. Darin wurde an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden erinnert. Jetzt einen An- oder Neubau mit solchen hohen Kosten zu planen, passe nicht dazu.

Herr Martens erklärt, dass das Amt einen Neubau nicht selbst bauen müsste. Es gebe mehrere Varianten, bei denen man auch Dritte nutzen könnte. Heute würde es doch erstmal nur um eine grundsätzliche Entscheidung darüber gehen, ob das Amt erweitert werden soll und ob dazu ein An- oder Neubau favorisiert wird.

Herr Neumann führt aus, dass der Raumbedarf absolut unstrittig ist. Wenn laut Herrn Weinberg bei einem Neubau aus 8 Mio € insgesamt 10 Mio € werden, würden bei einem Anbau aus 5,5 Mio € auch 7,5 Mio € werden. Die Einhaltung des laufenden Betriebes sei ein wichtiger Aspekt bei der Entscheidung für einen An- oder Neubau, der auch nicht in Geld gefasst werden könne.

Herr Voswinkel ist der Meinung, dass der Umstand, die hohen Kosten den Einwohnern vor Ort zu erklären, nicht in den Vordergrund rücken darf. Wichtig sei es, den zunehmend untragbaren Zustand im Amtshaus zu beheben.

Herr Plettenberg erläutert, dass man die Teilfläche mit der Rotbuche unbedingt berücksichtigen muss. Dort sei ein ausreichender Anbau, wohl auch dreigeschossig, möglich. Der Raumbedarf wäre dann sicherlich gedeckt. Es könne nicht sein, dass es keine Minimallösung geben würde.

Frau Riekhof gibt zu Bedenken, dass der jetzige Altbau auch irgendwann wieder saniert werden müsste, was dann zu wahrscheinlich hohen Kosten führen würde.

Frau Förthmann zeigt als Antwort auf die Ausführungen von Herrn Weinberg ein Bild ihres Büros, dass sie sich mit einer weiteren Kollegin teilt. In dem Büro müsse man aufpassen, nicht dauernd aneinander zu stoßen.

Herr Weinberg wiederholt seine Aussage, dass der Zustand im gesamten Amtshaus nicht katastrophal ist. Außerdem sei der Altbau erst jetzt für 180.000 € saniert worden und somit sehr gut nutzbar. Die Außenstelle in Haseldorf könne auch dauerhaft genutzt werden. Herr Jürgensen antwortet, dass die Sanierung zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, an dem es die aktuellen Überlegungen noch nicht gab. Das stehe also in keinem Zusammenhang mit dem Raumkonzept. Wenn man wirklich die Außenstelle dauerhaft nutzen wolle, würde er entscheiden, dass der Fachbereich Soziales und Kultur dorthin wechselt, damit Herr Weinberg immer den langen Weg zu fahren hätte. Es sei wichtig, alle Fachbereiche zusammenhängend im Haus zu haben.

Herr Kasimir erläutert, dass das jetzige Amt um fast 50 % der jetzigen Gemeinden wachsen wird. Betriebliche Abläufe seien zu optimieren und die Fachbereiche müssen einheitlich und mit kurzen Wegen erreichbar sein.

Herr Plettenberg antwortet, dass die neuen Gemeinden mit 4.000 Einwohnern kommen. Im Jahre 2006 sei Appen mit 5.000 Einwohnern gekommen und das habe auch ohne Erweiterungen funktioniert. Das könne man so nicht vergleichen. Herr Jürgensen antwortet, dass diese Argumentation nicht haltbar ist, da beim Zuwachs mit Appen noch räumliche Kapazitäten vorhanden waren und nur ein kleiner Zwischenbau erfolgen musste, in dem jetzt u.a. auch das Trauzimmer untergebracht ist und dass trotz der 4.000 Einwohner jede der drei neuen Gemeinden mit eigenen Aufgaben zum Amt kommen wird.

Herr Kruse ist der Meinung, dass nur ein Neubau des Amtshauses sinnvoll ist. In einem Anbau gebe es viel zu viele Wege und außerdem werden Kreis und Land weiterhin Aufgaben an die Kommunen abgeben, so dass ein Anbau mit ausgereizten Kapazitäten nicht sinnvoll ist.

Herr Plettenberg ist der Meinung, dass man heute keine Entscheidung ohne die drei neuen Gemeinden treffen sollte. Herr Jürgensen antwortet, dass es jetzt nur um die Favorisierung eines An- oder Neubaus geht. Die

endgültige Entscheidung würde erst im Rahmen der Kreditermächtigungen durch den Amtsausschuss im Februar 2017 fallen.

Der unmittelbar angrenzende Nachbar, der sich bereits vorher einmal zu Wort gemeldet hatte, erklärt, dass nur ein Neubau sinnvoll erscheint. Die Kosten seien den Einwohnern durchaus sehr gut erläuterbar und auch tragbar. Er habe für mehr Geld lieber eine moderne und effektive Verwaltung, als einen unwirtschaftlichen Anbau, der zudem noch die Umgebung der Nachbarn einschränken würde und zu problematischen Verkehrsverhältnissen führe.

Herr Schaper fragt, wie hoch der qm-Preis bei einer Anmietung eines Neubaus wäre. Herr Jürgensen erklärt, dass das eine der möglichen Varianten wäre, die es zu prüfen gilt und in entsprechende Finanz- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen einfließen würde.

Herr Reißler erklärt, dass das jetzige Grundstück mit einem Anbau ausgereizt wäre und man somit nicht zukunftsorientiert handeln würde. Für ihn sei nur ein Neubau die sinnvollste Variante.

Im Anschluss an die Diskussion wird über die Variante b) aus der Beschlussvorlage, die auch grundsätzliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses ist, mit folgender Ergänzung abgestimmt:

### **Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt:

Nach Abwägung der von der beauftragten Arbeitsgruppe erarbeiteten Lösungen zur Raumbedarfsdeckung a) „Lösung auf dem Bestandsgrundstück gemäß Vorschlag des Architekturbüros Knaack & Prell“ und b) „Neubau auf der grünen Wiese“ wird folgende Entscheidung getroffen:

#### Variante b)

Favorisiert wird der Neubau des Amtshauses auf einem anderen, noch zu ermittelnden Grundstück. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt geeignete Grundstücke zu ermitteln und den politischen Gremien vorzuschlagen. Nach Auswahl eines Grundstückes soll ein Architektenwettbewerb unter Einbeziehung der bisherigen Architekturbüros durchgeführt werden. Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2017 werden zunächst nur für den durchzuführenden Wettbewerb bereitgestellt, Neubaukosten müssten im Rahmen eines Nachtragshaushaltes bereitgestellt werden. Die Verwaltung erhält den Auftrag, mögliche Fördermöglichkeiten zu prüfen und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie eine energetische Betrachtung vorzulegen.

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 18 Nein: 4 Enthaltung: 1 Befangen: 0**

**zu 10 Abschluss einer Resolution gegen Pläne der Fraktionen der Landesregierung zur Änderung der Verwaltungsstrukturen**

Herr Plettenberg berichtet über die Resolution des Amtes Elmshorn-Land gegen Pläne der Fraktionen der Landesregierung zur Änderung der Verwaltungsstrukturen. Er schlägt vor, sich der Resolution anzuschließen.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt, sich der Resolution des Amtes Elmshorn-Land gegen Pläne der Fraktionen der Landesregierung zur Änderung der Verwaltungsstrukturen anzuschließen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

**zu 11 Verschiedenes**

Herr Voswinkel fragt, ob es bereits seitens des Kreistages eine Antwort auf das Schreiben der Gemeinden des Amtes zur Forderung einer Senkung der Kreisumlage gibt. Herr Jürgensen antwortet, dass bisher keine Antwort eingetroffen ist.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 13 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Im nichtöffentlichen Sitzungsteil wurden keine Beschlüsse gefasst, so dass keine Bekanntgaben erfolgen.

Herr Reißler bedankt sich anschließend bei allen Anwesenden und schließt um 21.47 Uhr die Sitzung.

**zur Kenntnis genommen**

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.12.2016

---

gez. Walter Reißler  
(Vorsitzender)

---

gez. Frank Wulff  
Protokollführer